

Erklärung des Vorbereitungsplenums zum „antifaschistischen und antirassistischen Ratschlag“.

Wir, die Menschen im Vorbereitungsplenum zum jährlich stattfindenden „antifaschistischen und antirassistischen Ratschlag“ bedauern und verurteilen die 2020 öffentlich gemachte sexualisierte, psychische, physische patriarchale Gewalt innerhalb der Thüringer linken Szene in mehreren Orten. Insbesondere bedauern wir, dass es innerhalb der Linken offensichtlich an Aufmerksamkeit und Bewusstsein für die patriarchalen Verhältnisse mangelt, sodass diese Taten begünstigt wurden und die Betroffenen auch Monate nach den Outcalls Mechanismen der Täterentschuldigung, Relativierung bzw. des Täterschutzes erleben müssen.

Wir erklären uns solidarisch mit den Betroffenen patriarchaler Gewalt und bekennen uns zu unserer Verantwortung dafür zu sorgen, dass diese, dort wo wir es beeinflussen können, nicht stattfindet.

Der „antifaschistische und antirassistische Ratschlag“ trägt nicht die Worte „antisexistisch“ oder „antipatriarchal“ im Namen. Dennoch wandte er sich immer gegen Erscheinungsformen von Menschenfeindlichkeit, gegen Unterdrückung und Diskriminierung und vertrat solidarische Positionen. Hieraus erwächst die logische Konsequenz auch patriarchale Verhältnisse zu kritisieren. Eine emanzipatorische, befreite Gesellschaft kann es mit patriarchalen Verhältnissen nicht geben. Wir können nicht Rechtsruck, Refaschisierung oder Rassismus thematisieren, kritisieren und an deren Beseitigung arbeiten, ohne selbiges mit der privilegierten Stellung von cis-Männern zu tun. Von nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen, Nötigungen, Ausnutzen von Machtpositionen, Zwang, Übergriffen und Vergewaltigungen ganz zu schweigen. All jenes sind Ausdrucksformen von Gewalt und somit nicht zu dulden! Verantwortung zu übernehmen, bedeutet für uns auch, eigenes Handeln, Themensetzungen und die Atmosphäre beim Ratschlag kritisch zu reflektieren und zu verändern.

Patriarchales Auftreten und Gewalt hat bei Veranstaltungen des Ratschlags keinen Platz. Das verbinden wir gleichzeitig mit der Aufforderung an alle, die progressive Politik machen (wollen) bzw. gesellschaftlichen Fortschritt wollen, dagegen vorzugehen. Unterstützt feministische Wortmeldungen auf Plena, reflektiert eure eigene Handlungen und Sprache, weißt auf übergriffige, unterdrückerische Handlungen und Sprache hin und reflektiert eure eigenen Anteile.

Klar ist, dass die Täter der in den Outcalls aus Gotha, Jena, Erfurt und Saalfeld beschriebenen Taten sowie Akteur*innen, die diese Taten öffentlich relativieren oder entschuldigen, auf den Veranstaltungen des „antifaschistischen und antirassistischen Ratschlags“ keinen Zutritt erhalten werden.

Wir erwarten von den betreffenden Personen, dass sie sich selbstständig oder mit Unterstützung mit ihren Taten auseinandersetzen, und sich der Betroffenenperspektive anzunähern versuchen. Täter sowie deren Umfeld können sich beispielsweise an Unterstützungsstrukturen wenden, um Wünsche und Forderungen der Betroffenen zu erfragen, sollten diese nicht bereits öffentlich benannt sein. Ohne diese notwendige Verhaltensänderung haben Täter und deren relativierendes Umfeld nichts mehr auf Veranstaltungen des Ratschlags zu suchen. Dies müssen wir so schreiben, da ein Teil der Täter in den vergangenen Jahren Teil des Orga-Kreises und des Schutzkonzeptes waren. Eine

spätere Entscheidung über ein Wiederzulassen bei Veranstaltungen des Ratschlags wird nicht ohne Rücksprache mit den Betroffenen bzw. deren Unterstützungsumfeld erfolgen.

Der Ratschlag ist ein Ort, an dem gesellschaftliche Alternativen und politische Konzepte frei diskutiert und Verhältnisse kritisiert werden sollen. Folglich bemühen wir uns aktuell um ein Awareness-Team, reflektieren auch unser Schutz-Konzept sowie patriarchale Aspekte des Ratschlages und wollen für jede Workshopphase ein feministisches Angebot unterbreiten.